

München – Bad Alexandersbad, 30. April 2014

Sehr geehrte

diesen Brief senden wir Ihnen im Zusammenhang mit der Dokumentation des letztjährigen 6. Wunsiedler Forums „Erfolgreich gegen Rechtsextremismus in Bayern - Politik und Zivilgesellschaft im Gespräch“, das am Dienstag, dem 19. November 2013 in der Wunsiedler Fichtelgebirgshalle stattfand.

Sie erhalten in den nächsten Tagen von den Veranstaltern die von Frau Dr. Britta Schellenberg von der LMU München erstellte Dokumentation, in der sich wesentliche Ergebnisse und Anregungen für die Weiterarbeit finden. Ohne dass wir uns jede einzelne Forderung der 130 Teilnehmenden des Wunsiedler Forums zu Eigen machen wollen, möchten wir doch ganz deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir das Grundanliegen des letztjährigen Wunsiedler Forums unterstützen:

1. Wir benötigen in Bayern zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus die Förderung demokratischer Kultur, der Toleranz und der Menschenrechte, insbesondere durch zivilgesellschaftliche Akteure.
2. Zivilgesellschaft benötigt Anerkennung und Respekt für ihr Engagement, die Nachhaltigkeit eines solchen Engagements ist aber auch abhängig von finanzieller Unterstützung. Auch in Bayern sollte daher eine „professionalisierte Zivilgesellschaft“ entwickelt werden, eine Zivilgesellschaft, die nicht ausschließlich aus ehrenamtlich Engagierten besteht. Hier leisten wir als Kirchen, als Gewerkschaften, als Kommunen und als überregional tätige Bündnisse bereits einen Beitrag. Wir wünschen uns deshalb, dass sich auch der Freistaat Bayern deutlich stärker (finanziell) einbringt.
3. Wir nehmen wahr, dass sich seitens der Staatsregierung und des Landtags gerade die Auseinandersetzung mit Neonazis in Parteien und sogenannten Kameradschaften sehr intensiviert hat. Wir treten jedoch dafür ein, dass diese Aus-

einandersetzung noch tiefer geht: Rechtsextremismus und Rassismus sind nicht nur ein sicherheitspolitisches Thema, sondern betreffen Schulen und Bildung, die Jugendarbeit und die Sozialarbeit. Um dem übergeordneten Charakter des Themas Ausdruck zu verleihen, wenden wir uns innerhalb der Staatsregierung auch direkt an Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer.

Schließlich möchten wir noch darauf hinweisen, dass wir diesen Brief nicht öffentlich machen wollen. Vielmehr sehen wir dieses Schreiben als den Beginn eines fruchtbaren Gesprächs zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Kommunen, die hier stellvertretend für viele andere durch fünf Personen aus den Parteien repräsentiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Landesbischof ELKB

gez. Matthias Jena

DGB-Regionvorsitzender

gez. Dr. Ulrich Maly

*Oberbürgermeister Nürnberg, SPD -
Vorsitzender des Bayerischen Städtetags*

gez. Hep Monatzeder

*3. Bürgermeister München,
Bündnis 90 – Die Grünen*

gez. Werner Wolf

Bürgermeister Gräfenberg, Freie Wähler

gez. Renate Grasse

Netzwerk demokratische Bildung, München

Prälat Dr. Lorenz Wolf

Leiter Katholisches Büro Bayern

gez. Matthias Fack

Präsident Bayerischer Jugendring

gez. Christian Meißner

Landrat Lichtenfels, CSU

gez. Dr. Elisabeth Preuß

Bürgermeisterin Erlangen, FDP

gez. Michael Helmbrecht

*Vorsitzender der Allianz gegen
Rechtsextremismus, Metropolregion Nürnberg*

Diesen Brief erhalten alle Präsidiumsmitglieder und Fraktionsvorsitzenden des Bayerischen Landtags sowie Ministerpräsident Seehofer, Ministerin Müller und die Minister Herrmann und Spaenle